

GÖTTINGER BLÄTTER

02.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

◻ Wer – Wie – Was ?

So beginnt der Kinderreim aus der Sesamstrasse im Fernsehen. Sie erklärt den Kurzen einfach und zügig tausend Dinge, Zusammenhänge und auch oftmals komplizierte Vorgänge. Ein solcher komplizierter Vorgang sind die Oberbürgermeisterwahlen u.a. in Südniedersachsen.

Bis auf Duderstadt haben sich die Räte der Kommunen, in denen eine Entscheidung ansteht, auf den 25. Mai als Wahltag festgelegt. Die Bürgermeisterwahl ist in diesen Städten und Gemeinden zeitgleich mit der Wahl des Europäischen Parlaments. Die Stichwahl, sollte keiner der Bürgermeisterkandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen, ist in diesen Gemeinden am 15. Juni.

Die Duderstädter werden schon am 4. Mai ihre Stimme abgeben, der Rat hatte den Wahltermin auf diesen Tag gelegt. Hintergrund: Damit wird es Amtsinhaber Wolfgang Nolte ermöglicht, sich wieder zu bewerben. Beim Wahltermin 25. Mai wäre der Christdemokrat nach der neuen, vom Landesgesetzgeber festgelegten Altersgrenze vier Tage zu alt. Nolte wird am 21. Mai 67 Jahre alt. Die OB-Kandidaten dürfen also das 67ste Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Sollte es zur Stichwahl in Duderstadt kommen, so wäre dies am 18. Mai. In Duderstadt ist am 17. März, 18 Uhr, Bewerbungsschluss, in den anderen neun Kommunen müssen die Bewerbungen bis 7. April 18 Uhr vorliegen. Vom Landesgesetzgeber vorgegeben ist, dass die Bewerbungen 48 Tage vor dem Wahltermin vorliegen müssen.

Hier sei erinnert an die Stichwahl am 27. Juni 1999, bei der der so sicher geglaubte SPD-Kandidat Hermann Schierwater (41,3 %) dem CDU Kandidaten Jürgen Danielowski (52,8 %) unterlag.

Bisher sieht die Bewerbungslage in der Stadt Göttingen so aus:

Der bisherige OB Wolfgang Meyer, SPD kandidiert nicht wieder und geht in Pension.

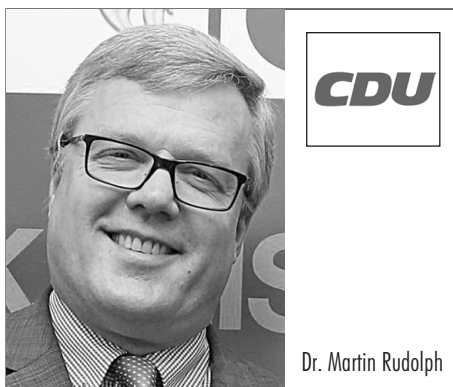


Rolf Georg Köhler

Die Sozialdemokraten haben den Göttinger **Rolf Georg Köhler** zu ihrem OB-Kandidaten gekürt. Rolf Georg Köhler, 62 Jahre, Mitglied der SPD seit 1974. Sparkassenkaufmann, seit 1998 Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbau GmbH. Von 1985 bis 1998 Mitglied des Ortsrates Grone und von 2001-2008 Kreistagsabgeordneter. Von 1986 -1998 Ratsherr und zeitweise Fraktionschef der SPD. Köhler stellt klar. *„Göttingen braucht „bezahlbaren Wohnraum auch für Menschen ohne Spitzenverdienst“.* *„Göttingen braucht eine dritte IGS“.* Die Stadt sei der *„Anker in einer wegdriftenden Region“* in der neue Entwicklungspotentiale erschlossen werden müssten.

Die CDU-Göttingen wählte den parteilosen **Dr. Martin Rudolph**, 56 Jahre, zu ihrem Kandidaten.

Er absolvierte sein Studium der Agrarwissenschaften mit Schwerpunkt Agrarökonomie an der Georg-August-Universität Göttingen. Im Anschluss an sein Studium arbeitete er von 1983 bis 1988 als wis-



Dr. Martin Rudolph

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Wer - Wie - Was?	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
DKP	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
DIE LINKE. Europabüro	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
„Zukunftvertrag“	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2014
ist der 14. Februar.
Auslieferung am 20. Februar

senschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl VWL und Agrarpolitik am Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen. Die Promotion erfolgte 1988. Im selben Jahr begann seine berufliche Tätigkeit als Referent in der Abteilung Verkehr und Raumordnung der Industrie- und Handelskammer Hannover. Ab 1991 leitete er dort die Abteilung Volkswirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit, ehe er 2003 in seine heutige Position als Leiter der IHK-Geschäftsstelle nach Göttingen wechselte. Rudolph ist verheiratet und hat vier Kinder. Eine wichtige Aufgabe sei es, Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen, damit sie in der Region bleiben können. Rudolph will auch den größten Arbeitgeber, die Universität, weiter fördern. *„Wir brauchen ein attraktives Umfeld und eine attraktive Stadt. Die Herausforderung, die Einnahmenseite mit der der Ausgaben in Einklang zu bringen, das ist die Kunst. Dafür braucht man einen weiteren Konsens und dafür stehe ich.“*

Bündnis 90 – DIE GRÜNEN in Göttingen gehen mit **Siegfried Lieske** in

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de - Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Justizposse in Leipzig

*„Ihr müsst sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!
Ihr müsst mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –:
Küsst die Faschisten, wo ihr sie trifft!“*

(aus dem Kurt Tucholskys Gedicht
„Rosen auf den Weg gestreut“, 1931)

Margitta Hollick, Stadträtin der Leipziger Linksfraktion, soll im Juni 2012 am Rande einer Stadtratssitzung einen NPD-Stadtrat als „Nazi“ bezeichnet haben. Der NPD-Mann hatte daraufhin Anzeige erstattet, die die Leipziger Staatsanwaltschaft offenbar auch gerne aufgriff. Sie sandte

Frau Hollick nämlich einen Strafbefehl über 1.600 EUR zu. Nach Ansicht der Anklagebehörde sei in diesem Falle mit der Verwendung des Begriffs „Nazi“ der Tatbestand der Beleidigung verwirklicht. Gegen diesen grotesken Strafbefehl legte die linke Stadträtin Widerspruch ein, so dass am 21. Januar 2014 vor dem Amtsgericht Leipzig die Hauptverhandlung gegen sie stattfinden wird.

Als VVN-BdA Kreisvereinigung empfinden wir das Auftreten der Leipziger Staatsanwaltschaft empörend. Schlimm genug, dass Nazis in Parlamente gewählt werden dürfen; aber sind wir tatsächlich wieder so weit, dass Nazis nicht mal

mehr als solche benannt werden dürfen? In Sachsen, dem derzeit reaktionärsten Bundesland neben Bayern, offensichtlich schon. Selbst die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) verwendet in ihren offiziellen Publikationen den Begriff „Nazi“ in Bezug auf die NPD und ihre Mitglieder („Moderne Nazis – die NPD“ lautet z.B. der Titel eines Dossiers über die NPD auf der bpb-Internetseite). Besser als die Staatsanwaltschaft Leipzig weiß Frau Hollick, deren Vater als Antifaschist während der NS-Zeit im Gefängnis saß, sehr genau, wer und was Nazis sind.

Wir rufen zur Solidarität mit Margitta Hollick auf und wenden uns gegen diese Art juristischer Einschüchterungsversuche!

Für ein Verbot der NPD (und aller faschistischen Organisationen gemäß Art. 139 GG und Postdamer Abkommen)!

► Zwei erfolgreiche Veranstaltungen der VVN-BdA Göttingen

Am 02.12.2013 fand die von VVN-BdA und dem Bildungswerk ver.di veranstaltete Lesung aus dem kritischen Porschebuch „75 Jahre ‚Stadt des KdF-Wagen‘ – Wolfsburg“ statt. An der Veranstaltung nahmen etwa 35 Personen teil. Hartwig Hohnsbein und unsere beiden Wolfsburger VVN-Kameraden Mecki und Alfred Hartung lasen Auszüge aus ihrem Buch und zeigten anhand von konkreten Beispielen auf, wie in Wolfsburg auch heute noch bestimmte Aspekte der NS-Zeit und personelle Kontinuitäten unter den Teppich gekehrt werden. Insbesondere der NS-Rüstungskonstrukteur Ferdinand Porsche gilt in der VW-Stadt weiterhin als unantastbare Figur. Dabei gehörte Porsche zu den führenden Zirkeln des NS-Staates, war SS-Oberführer (ein Generalsrang), Wehrwirtschaftsführer und Träger des „Totenkopfrings des Reichsführers SS“. Unter seiner Ägide wurden über 25.000 Zwangsarbeiter, darunter 5.000-8.000 KZ-Häftlinge in der Wolfsburger Rüstungsproduktion beschäftigt. Die VVN-BdA Wolfsburg

setzt sich gemeinsam mit anderen Antifaschisten seit Jahren für eine kritische Geschichtsaufarbeitung und eine aktive Gedenkkultur ein. Das Buch ist ein Teil dieses zähen Kampfes gegen den Wolfsburger Porsche-Mythos.

Stephan Krull (Hrsg.): 75 Jahre ‚Stadt des KdF-Wagen‘ – Wolfsburg. Ossietzky Verlag Hannover, 2013, 164 Seiten, ISBN 978-3-944545-01-1 [14,95 EUR]

Am 09.01.2014 hatten wir in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit den Berliner Historiker Jens Hoffmann in die Reformierte Gemeinde eingeladen, um seine Bücher und Forschungsergebnisse zum Thema „Aktion 1005“ vorzustellen. An der Veranstaltung nahmen über 50 Personen teil. In seinem Vortrag fügte Jens Hoffmann Täterberichte, Auszüge aus Gerichtsakten und Zeugenaussagen überlebender KZ-Häftlinge zu einem Gesamtbild zusammen. Deutlich wurde, mit welchem Zynismus und welcher Skrupellosigkeit die Sondergruppen der SS

bei der Beseitigung von Massengräbern vorgehen. Angesichts des Vorrückens der Alliierten sollten ab 1942 mittels der Aktion 1005, welche die höchste Geheimhaltungsstufe im NS-Staat hatte, die Verbrechen der deutschen Besatzung, speziell die Massenvernichtungen durch die Einsatzgruppen der SS und der Polizeibataillone verwischt werden. Im Mai 1943 befahl der Reichsführer-SS Heinrich Himmler gar die „Abäscherung“ der gesamten Ostfront, wobei die Asche der Exhumierten so zu zerkleinern sei, dass später niemand mehr erkennen könne, wie viele Körper verbrannt worden waren. Das rasche Vorrücken der Roten Armee sorgte letztlich dafür, dass nur ein Teil der Spuren verwischt werden konnte.

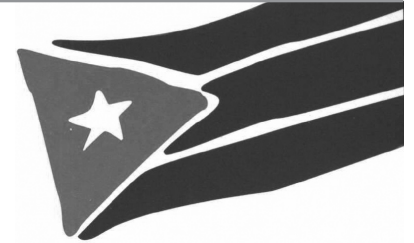
Jens Hoffmann ist zu verdanken, dass dieses von der Geschichtswissenschaft bisher wenig berücksichtigte Kapitel der NS-Geschichte beleuchtet und durch seine Forschungsarbeit zugänglich gemacht werden konnte.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung Am Dienstag, den 11. Februar 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Die entscheidende Stunde der Planung

Eines der fundamentalen Prinzipien, auf dem die Perfektionierung des cubanischen Wirtschaftsmodells basiert und das auch die Grundlage der Entwicklung des Landes sogar seit Beginn der Revolution gewesen ist, ist die Planung seiner Wirtschaft. Nicht umsonst legt die erste der auf dem 6. Parteitag verabschiedeten Richtlinien (Lineamientos) fest, dass „das System der sozialistischen Planung weiterhin die prinzipielle Ausrichtung für die nationale Wirtschaft bleiben wird.“ Dies gilt auch für dringende Transformationen in methodischer und organisatorischer Hinsicht und in der Kontrolle.

Es ist sicher, dass die Einführung von besseren Führungsalternativen nicht in wenigen Tagen umgesetzt werden kann. Trotzdem fällt die Wiederholung von Fehlern in diesem Schlüsselprozess für die cubanische Wirtschaft auf.

Die Kettenreaktion von Zahlungsausfällen ist beispielsweise eine der häufigsten Folgen von unangemessener Planung und Personaleinstellung und weiterhin eines der unerledigten Themen im Cuba, auch wenn sich die Ausfälle in diesem Jahr auf 62 % verringert haben.

Den Daten zufolge, die der Wirtschaftskommission des cubanischen Parlaments während der letzten abgeschlossenen Sitzungsperiode vorlagen, verfügte das Landwirtschaftsministerium (MINAG) zum 30. September 2013 auf seinen Konten über 238 Millionen Pesos an offenen Forderungen und 349 Millionen an Verbindlichkeiten. Die Situation gestaltet sich noch komplexer, wenn man die Detailinformationen berücksichtigt, die den Abgeordneten von der Cubanischen Zentralbank bei ihrer Rechenschaftslegung Mitte 2012 mitgeteilt worden waren.

Damals wurde nicht nur die schwierige finanzielle Situation betrachtet, die

einige Wirtschaftsbereiche des Landes aufgrund der Zahlungsausfälle zwischen den Unternehmen zu bewältigen hatten – darunter das frühere Zuckerministerium – sondern man zählte gerade das Landwirtschaftsministerium, MINAG, zu den Bereichen, die in der Hinsicht die größten Schwierigkeiten hatten. Die Beispiele könnten fortgeführt werden, so wie Aufzählung der Gründe, die dazu geführt haben, wie Probleme in der Organisation, in der Vereinbarungen, in der internen Kontrolle oder in der Überwachung der Leitungen.

Trotzdem dürfen es nicht die unheilvollen Erfahrungen, die Negativsalden in der Zahlungsbilanz oder das Produktionsdefizit sein, die im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die Tragweite, die Notwendigkeit und die Auswirkungen der geordneten Wirtschaftsentwicklung. Obwohl, einige ‚Lektionen‘ notwendig waren, um die Vorgehensweisen neu anzupassen. Und es ist die Planwirtschaft, dieses „Makro“-Konzept, die das strukturelle Wachstum der wichtigsten Entwicklungskennzahlen vereinigt; unter anderem durch die effiziente Ressourcennutzung und die Erhöhung des Lebensstandards. Dies resultiert nicht aus der Erfüllung eines einzelnen Planes, sondern aus deren Verknüpfung und aus der Effizienz, mit der sie zum Abschluss gebracht werden. Mit gutem Grund arbeitet das Land an dem Entwurf eines integrativen und langfristigen Entwicklungsprojektes (bis 2030). Dessen Grundlagen und politische Strategien müssen bis 2015 bereit sein, dies gab der Vizepräsident des Ministerates und Vorsitzende der Ständigen Kommission für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Lineamientos, Marino Murillo bekannt.

Sicher ist, dass in einer so entscheidenden Situation, wie sie das Land gera-

de durchlebt, in der es unumgänglich ist, die politische Sensibilität und die Disziplin zu steigern, der sozialistische staatliche Betrieb, die wichtigste cubanische Wirtschaftsform, keine Anstrengung scheuen darf, um seine Effizienz zu steigern. Noch viel weniger darf er Beeinträchtigungen zulassen, die die Beziehungen zwischen den darin Agierenden oder die Verbindung zu der Gesellschaft behindern.

Die Perfektionierung des cubanischen Wirtschaftsmodells zielt nicht nur auf eine Revitalisierung seiner Teilbereiche ab, sondern auf die Korrektur jeglicher Verbiegung von deren Funktionsweisen. Vor diesem Hintergrund sind der gesunde Menschenverstand und eine vernünftige Planung von essenzieller Bedeutung, neben den politischen Strategien, die heute transformiert werden, um die Effizienz zu steigern und den Produktivkräften Raum zur Entwicklung zu geben. Es handelt sich also nicht darum, an „übergeordneten Beschlüssen“ festzuhalten, im Gegenteil. Eine zutreffende und effektive Planung erfordert unabdingbar Maßnahmen, die für jede Situation zweckmäßig und angemessen sind. Vorgaben, die das soziale Makroprojekt voranbringen und unterstützen, ohne die eigenen Ansprüche aus den Augen zu verlieren.

In der Binnenwirtschaft geht jede Einrichtung eine Verbindung mit anderen ein, um in einer gleichsam praktischen Weise zum Erhalt und zur Entwicklung des Systems beizutragen.

Der Erfolglosigkeit der einen kann den Rückschlag für alle bedeuten. Unerslässlich sind daher Weitsicht, objektive Berechnung von Kosten und Aufwand, eine ganzheitliche Analyse und Unnachgiebigkeit gegenüber Verstößen. Nur eine zutreffende Planung wird die beste Nutzung der vorhandenen Ressourcen und deshalb auch den größtmöglichen Ertrag garantieren.

Cuba Kompakt 01/14, Übersetzung aus dem Spanischen: MHS

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de



► Unser Seminarprogramm für 2014

Zwölf Wochenendseminare und zusätzlich erstmals auch wieder einen Wochenlehrgang, das ist der quantitative Rahmen unseres Programms für 2014. Wir sind zuversichtlich, dass wir auch mit den Inhalten der Seminare ein Angebot machen, das zur Stärkung unserer Partei beitragen kann. Ob dies wirklich so gelingen wird, hängt jedoch nicht nur von uns ab. Deshalb wiederholen wir eine Aussage aus unserem letzten Rundbrief:

Die Partei als Ganzes, der Parteivorstand, die Bezirks- und Landesorganisationen, die Kreise und Gruppen und die Genossinnen und Genossen haben die Verantwortung, die Veranstaltungen dadurch abzusichern, dass ausreichend Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewonnen werden!

Hier nun unsere Terminübersicht:

18./19. Januar	Aktionseinheit und Bündnispolitik (Jürgen Lloyd)
22./23. März	Klassenkampf, Partei, Demokratie und Sozialismus I (H-P.Brenner/J.Lloyd)
29./30. März	Einführung Marxistische Philosophie I (Nina Hager)
26./27. April	Die imperialistische Struktur der Europäischen Union (Andreas Wehr)
26. - 31. Mai	Wochenlehrgang: Einführung in die politische Ökonomie
27./28./29. Juni	*** UZ Pressefest ***
5./6. Juli	Einführung Marxistische Philosophie II (Nina Hager)
23./24. August	Arbeiterbewegung und Erster Weltkrieg (Daniel Bratanovic)
13./14. September	Organisationspolitik in Kreis und Gruppe (Wera Richter)
4./5. Oktober	Antimonopolistische Demokratie, die Dialektik von Reform und Revolution und die Übergänge zum Sozialismus
18./19. Oktober	Queer Politik
8./9. November	Klassenkampf, Partei, Demokratie und Sozialismus II
29./30. November	Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland (A.Latzo)
13./14. Dezember	Kunst - Musik - Literatur

(Genauere Beschreibungen der Themen und Details dieser Seminare finden sich stets aktualisiert auf unserer Webseite. Einfach vorbeisehen ...)

Für alle Wochenendseminare gilt: Um rechtzeitige Anmeldung wird gebeten. Die Anreise kann bereits Freitag zwischen 17 und 22 Uhr erfolgen. Beginn Samstag 10.30 Uhr. Ende Sonntag gegen 14 Uhr. Kosten pro Person für Unterkunft und Verpflegung 25 Euro. Ab Freitag 30 Euro. Finanzierung bitte mit Parteigruppe, Kreis oder Bezirks abklären.

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 04. Februar, 20.00 Uhr

Thema: Rückkauf von e-on Anteilen - „Rekommunalisierung“ oder Sackgasse?

Dienstag, 18. Februar, 20.00 Uhr

Veränderungen der Produktionsverhältnisse in den kommenden 20 Jahren.

UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund

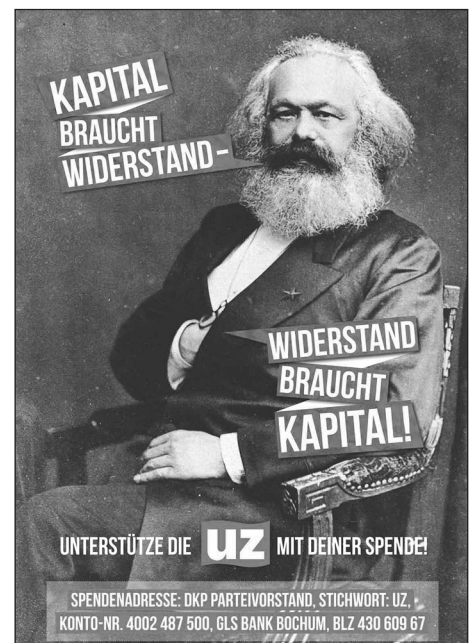
Revierpark Wischlingen

www.dkp.de

Das größte
Volkfest
der
Linken!



Kauft den
Soli-Button zur
Finanzierung
des Festes



UNTERSTÜTZE DIE UZ MIT DEINER SPENDE!

SPENDENADRESSE: DKP PARTEIVORSTAND, STICHWORT: UZ,
KONTO-NR. 4002 487 500, GLS BANK BOCHUM, BLZ 430 609 67

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

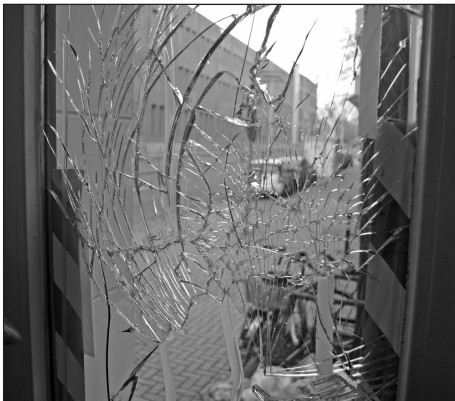


Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Presseerklärung der DKP, Kreisvorstand Hannover

Anschlag auf DKP Büro in Hannover-Linden:

► Pflastersteine, Baseballschläger und Brandsätze ersetzen keine Argumente



Keine Argumente:
sieben sinnlos zerstörte Scheiben

In der Nacht vom 1. zum 2. Januar wurde auf das DKP Büro in der Göttinger Straße (Linden-Süd) ein Anschlag verübt. Zwei bisher unbekannte Männer, die anschließend mit einem Auto flüchteten, zertrümmerten sieben Fenster des Büros und beschädigten die Eingangstür mit scharfem, spitzen Einbruchwerkzeug massiv. Nur durch die dankenswerte Aufmerksamkeit von Anwohnern, die Geräusche bemerkten und die Polizei alarmierten, konnte Schlimmeres verhindert werden.

Die Täter sind weiterhin unbekannt, derzeit gibt es keine konkreten Hinweise auf ihre Identität. Der Anschlag auf unser Büro reiht sich jedoch in eine Serie ähnlicher Anschläge in den letzten Wochen und Monaten ein, die sich gegen die Büros anderer Parteien und Jugendorganisationen gerichtet haben und bei denen teilweise auch versucht worden ist, Brände zu legen. Wir erwarten von den zuständigen Polizeiorganen, dass sie diese Taten zügig aufklären und dafür sorgen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir halten es für naheliegend, dass diese Anschlagsserie einen neofaschistischen Hintergrund hat. Nach dem behördlichen Verbot der Organisation „Besseres Hannover“ versucht die neofaschistische Szene in Hannover sich mit dem unlängst eröffneten „Thor-Steinar“-Laden einen neuen Kristallisationspunkt zu schaffen. Gegen den Betrieb dieses Ladens gibt es berechnete anhaltende Proteste, die von einem breiten antifaschistischen Bündnis organisiert werden. Die Mitglieder unserer Partei haben sich an den Aktionen dieses Bündnisses in vielfältiger Art beteiligt.



Einfältige Zerstörungswut:
die beschädigte Eingangstür des DKP Büros

Wir hüten uns an dieser Stelle vor Spekulationen. Allerdings verschließen wir genauso wenig unsere Augen vor der Gefahr einer zunehmend aggressiven neofaschistischen Szene auch in Hannover. Wir werden weiterhin gemeinsam mit allen Antifaschistinnen und Antifaschisten dieser Stadt den Aktivitäten der Neofaschisten entgegenzutreten.

Hannover, den 4.1.2014



Göttinger Blätter werden mit Drohne ausgeflogen

Das Projekt befindet sich noch im Aufbau, soll aber – so internen Berichten zufolge – die Zustellungskosten um die Hälfte senken.

Auch in der Zustellzeit können wir uns damit verbessern, so einer der Projektleiter. „Wir können hiermit zielgenau die Zeitschrift dort hinbringen, wo der Leser sie genau benötigt, ob im Schwimmbad, auf der Datsche, im Sonnenstudio oder bei Demos“. Das Projekt soll auch als Maßstab für bundesweite Initiativen gelten, „(...) die Anbindung an die Berliner Genossen ist fest geplant, denn dort liegen bereits ähnliche Pläne seit 1986 in den Schubladen, diese konnten aber wegen Stellenumbesetzungen zu Beginn der 90-er nicht vollendet werden (...)“.

Einige Genossen sehen das Projekt kritisch, bestehen doch Bedenken, die langjährigen Arbeitsplätze der Post zu gefährden. Andere Genossen halten das ganze für innovativ, die Drohnen werden meist selbst zusammengeklebt und „(...) ein weiterer Werkstattkeller zum Basteln ist im Roten Zentrum geplant“ so der Projektsprecher. Wir verfügen jetzt schon über Hammer und Sichel, ein Bleistift und ein Reisstift kommen nächste Woche.

Wir schätzen, dass das Ganze so ca. 2022 zum kommerziellen Einsatz kommt. Bis dahin können wir durch diese und ähnliche Meldungen aber immer wieder Schlagzeilen produzieren. Andere Kritiker halten entgegen: am meisten können wir sparen, in dem wir Altpapier dort belassen, wo es vorher schon war.

Wie das Projekt weitergeht, welche Art der Mitgliederbefragung dazu vorgesehen ist und Weiteres können in den öffentlichen Bastelstunden (Keller RZ) eingesehen werden. Bastelanleitungen für zu Hause werden für „Menschen mit ohne Drucker“ und „Menschen mit Drucker, der nicht geht“ selbstverständlich postalisch verschickt (noch). (VK)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 19. Februar 2014, 19 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“, Siebenturmstr. 9, Hann. Münden

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen und Termine
3. Finanzbericht 2013 und Finanzplanung 2014
4. Bericht vom Landesparteitag
5. Bericht vom Bundesparteitag
6. Europawahl
- 6.1. Wahlprogramm
- 6.2. Wahlkampfplanung
7. Verschiedenes

Fahrgemeinschaften ab Göttingen: 18:15 Uhr, Zoologisches Institut (ZOB)

Programmdebatte zur Europawahl und BundesvertreterInnenversammlung im Internet. Unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/> stehen Antragsheft 1 und Antragsheft 2 für den Bundesparteitag zum Herunterladen bereit. Antragsheft 1 enthält den Leitantrag für das Europawahlprogramm, der am 24. November vom Parteivorstand beschlossen wurde, sowie den konkurrierende Leitantrag von Diether Dehm und Wolfgang Gehrke. In Antragsheft 1 befinden sich außerdem die Vorstellungen der KandidatInnen für die Liste zur Wahl des Europäische Parlaments. Das Antragsheft 2 enthält organisatorische Hinweise sowie weitere Anträge. Die Änderungsanträge zu den Leitanträgen für das Europawahlprogramm werden voraussichtlich in Antragsheft 3 veröffentlicht sein.

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, 5. Februar, 19 Uhr, Rotes Zentrum, Saal Haus 3
Schwerpunktthema wird kurzfristig über die Homepage angekündigt.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Donnerstag, 13. Februar, 18 Uhr bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

Weitere OV-Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern (vgl. Adressenspalte).

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Ökologische Plattform

Freitag, 21. Februar, 17 Uhr im Roten Zentrum

Weitere Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise.

Treffen und Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. / Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Gute Arbeit – Gutes Leben mit der 30-Stunden-Woche – Muss das eine Vision bleiben?

Freitag, 21. Februar 2014, 19 Uhr im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingen mit Stephan Krull, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, ehemaliger VW-Betriebsrat und Mitbegründer der attac-AG „ArbeitFairTeilen“.

Die Einen arbeiten bis zum Umfallen, haben keine Zeit für die Familie oder ihre persönlichen Interessen und werden trotzdem die Angst um den Arbeitsplatz nicht los. Die Anderen sind durch Arbeitslosigkeit verarmt und ausgegrenzt.

Mit dieser Situation ist niemand zufrieden, die Mehrheit der Menschen wünscht sich eine Änderung: Kurze Vollzeit für Alle.

Mitveranstalter: Attac Göttingen

Eine weitere Veranstaltung der RLS siehe Seite 11

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgroup:

Anmeldung unter:

webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solid@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS

Wetere Informationen auf:

<http://sdsgoe.blogspot.de/>

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de
oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft
Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

AG Netzpolitik
Uli Eberhardt
ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial Da es im Januar üblicherweise keine Ratssitzung gibt, gibt es heute zwei Pressemitteilungen der Ratsfraktion zu aktuell politischen Themen in Göttingen. Komplett nachzulesen, sowie auch alle anderen Pressemitteilungen der Ratsfraktion sind diese auf unserer Homepage.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

Stillstand in Sachen alte Voigtschule?

Das Jahr geht zu Ende und noch immer liegt der Kaufvertrag mit dem Erwerber dem Verwaltungsausschuss nicht vor, obwohl dies vor der Sommerpause von der Ratsmehrheit beschlossen worden war. Bekannt ist, dass es zwischenzeitlich Korrespondenz zwischen niedersächsischen Landesstellen und der Stadtverwaltung über den Verkauf gibt, in die die Fraktionen trotz Anfrage bisher leider noch keine Einsicht nehmen konnten. Über den vorgelegten Bebauungsplan, der plötzlich ein Mischgebiet vorsieht und eine Nachverdichtung – sprich Neu- und Anbaumaßnahmen ermöglicht – bestehen weiterhin deutliche Irritationen. Nach Ansicht der Ratsfraktion der Göttinger Linken ist es an der Zeit, dass die Verwaltung damit rausrückt, ob es mögliche Komplikationen mit dem potenziellen Käufer, staatlichen Stellen oder auf anderer Ebene gibt. Es ist für viele Beteiligte kaum mehr nachvollziehbar, dass nun schon wieder fast ein weiteres Jahr ein völlig intaktes Gebäude leer steht, dass vom Kulturverbund und anderen Gruppen liebend gern genutzt würde.

Für die ehemalige Baptistenkirche ist zu befürchten, dass sie fahrlässig oder bewusst dem Verfall anheimgestellt wird, da die Verwaltung trotz wiederholter Hinweise der Filmkunstfreunde und anderen Bürger/innen auf deutliche Wasserschäden nichts zur Sicherung des Gebäudes unternommen hat. ... Gerd Nier fordert für die Ratsfraktion der Göttinger Linken, „endlich die Karten auf den Tisch zu legen“. Sollte der potenzielle Investor ‚kalte Füße‘ bekommen haben, oder versuchen, die Kriterien des Rates zur Nutzung des Gebäudes unterlaufen zu wollen, müssen halt noch einmal neue Überlegungen angestellt werden. Vielleicht wäre ja doch eine Renovierung und Vermietung durch die Stadt bedenkenswert und würde sich sogar rechnen. Und wenn nicht in eigener Regie, wie wäre es die Göttinger Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GWG) mit ins Boot zu holen. „Die hat doch gerade zwei Millionen Euro zur Aufstockung ihres Stammkapitals aus dem Stadtsäckel erhalten, die gut in der alten Voigtschule angelegt wären“, so Nier mit einer leichten Portion Zynismus.

Grüne und CDU blockieren 3. IGS in Göttingen

„Der Antrag der Göttinger Linke-Ratsfraktion auf eine offene Standortdiskussion für die dritte IGS in Göttingen wurde mit der Stimmenmehrheit der Grünen und der CDU im Göttinger Rat abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten der CDU ist dabei nicht überraschend, wohl aber das Abstimmungsverhalten der Grünen“, so Rolf Ralle für die GöLi-Ratsfraktion.

Unter Leitung des Schuldezernenten Lieske (Grüne) hat es in Göttingen im letzten Jahr viele Diskussionen um ein neues Konzept für die dritte IGS gegeben. ... Festgelegt haben sich Dezernent und die Fraktion der Grünen auf eine dreizügige Außenstelle der IGS Bovenden in Weende mit dem Landkreis Göttingen als Schulträger. Dieser Standort ist denkbar ungeeignet, weil eine Dreizügigkeit den Bedarf an Schülerplätzen in keiner Weise deckt. Außerdem wird das für die IGS Bovenden schwer zu organisieren sein, weil in der Außenstelle mit einem anderen, neuen Konzept gearbeitet werden soll. Dieser Standort in Weende ist nach dem geltenden Schulgesetz zurzeit nicht möglich, weil die einzige staatliche Realschule in Göttingen, die Voigtschule, aufgelöst werden müsste.

Statt alternative Standorte zu prüfen, wollen die Grünen auf das neue Schulgesetz warten, in der Hoffnung, dass dann die Auflösung des dreigliedrigen Schulsystems in Göttingen möglich wird. Die Bedingungen zur Neugründung einer IGS werden sich allerdings nicht ändern. Ob das Schulgesetz 2014 in Kraft tritt, ist fraglich. Mit dieser nicht nachvollziehbaren Argumentation verhindern die Grünen mit Ihrem Schuldezernenten, der auch ihr Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl in Göttingen ist, eine möglichst zügige Neugründung.

„Dies bedeutet auch für die nächsten Jahre, dass wiederum ca. 200 Schüler und Schülerinnen jährlich nicht den von ihnen gewünschten Schulplatz erhalten. Somit wird in Göttingen der Wunsch der Schüler und Schülerinnen eine Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium zu besuchen weiterhin erfüllt, nur der Besuch einer IGS wird verhindert. Diese Schulpolitik der Grünen steht eindeutig im Widerspruch zu ihrem Wahlprogramm und enttäuscht viele Schüler und Eltern.

Es bleibt zu hoffen, dass sich diese schülerunfreundliche Schulpolitik auf das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl auswirkt oder will die Stadt Göttingen einen Oberbürgermeister, der den gesetzlich festgelegten Elternwillen nicht so ernst nimmt?“, so Gerd Nier (Mitglied im Schulausschuss für die GöLi-Ratsfraktion).

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

Einladung zur

Wahlkreisversammlung

**der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke zur Wahl einer/s
KandidatIn zur Oberbürgermeisterwahl
am 25. Mai**

**Termin: 24. Februar 2014 Zeit: 19.00 Uhr Ort: Rotes Zentrum,
Lange Geismarstr. 3**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Referat
3. Diskussion
4. Wahlen
5. Schlusswort

Stimmberechtigt sind die Mitglieder der Göttinger Linke, die im Gebiet der Stadt Göttingen gemeldet sind; es findet eine Mandatskontrolle statt.

An dieser Stelle sei nachgeholt, was bei der Mitgliederversammlung am 9. Dezember vergessen wurde: Zwar wurde referiert, diskutiert, entlastet, gewählt, aber es wurde vergessen, den Mitgliedern des SprecherInnenkreises, die an diesem Termin nicht wieder kandidiert haben, für ihre Arbeit zu danken. Es war wohl der erste SprecherInnenkreis der Göttinger Linke, der in der Zusammensetzung seiner Wahl eine vollständige Periode durchgehalten hat – und es war eine gute Zusammenarbeit. Dafür bedankt sich der neue SprecherInnenkreis bei Barbara Kunis und Gerd Nier!

Kontakte:

**Wählerinnengemeinschaft
GöLinke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Doreen Wohlrab,
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Patrick Humke
Civar Akad

Kommunalpolitischen Arbeitskreis:

**Bei Redaktionsschluss stand noch
kein Termin fest.**

Einladung erfolgt per E-mail.

► Ist Göttingen „eine attraktive Stadt“?

In seiner Rede zum Neujahrsempfang 2014 nennt der scheidende OB Wolfgang Meyer Göttingen „eine attraktive Stadt“. Wie mag er das meinen? Meint er den knappen & teuren Wohnraum, das Herumeiern um die Flüchtlingsunterbringung oder den Stopp der Ausschreibung für die neuen Bänke in der „neu gestalteten“ Fußgängerzone – alles Dinge, die er in seiner perspektivlosen Rede erwähnt hat? Wohl kaum!

Aber, aber: Nach Verabschiedung des „alternativlosen“ „Zukunftsver-

trages“ hat der „Untergang der Stadt“ nicht stattgefunden, den doch „die Nörgler“ heraufbeschworen haben. Es wird noch gelebt in Göttingen!

Dass das Gejammere über immer geringer werdende Gestaltungsspielräume mittlerweile immer stärker gerade aus den „Ja-Sager-Fraktionen“ des Rates kommt, ist vorne putzig & hinten schmutzig.

An der vom OB alljährlich beklagten finanziellen Unterversorgung der Kommunen hat sich strukturell nichts geändert. Dabei ist doch seine SPD

nun sowohl im Land als auch im Bund regierungsfähig geworden.

Ist Göttingen „eine attraktive Stadt“? – Ja, weil die Bürgerinnen & Bürger nicht alles über sich ergehen lassen und sich kritisch/konstruktiv einschalten und versuchen, ihre Stadt mit ihren Mitteln selbst zu gestalten. Trotz alledem!

In diesem Sinne: Prost Neujahr, Herr Oberbürgermeister!

(gn/pst)

EL-Kongress in Madrid legt Grundlage für Europawahl und Alternative Europapolitik –

▶ Die Hoffnung nach Europa zurückbringen

Ein Bericht von Claudia Haydt (aus: Homepage von DIE LINKE)

Unter dem Motto „Change Europe!“ (Verändert Europa!) trafen sich am 13.-15.12.2013 Delegierte der 33 Mitgliedsparteien der Europäischen Linken (EL) zu deren alle drei Jahre stattfindenden Kongress in Madrid. Mit dem Appell „Lasst uns nicht allein!“ ermutigte Alvaro Garcia Linera, der Vize Präsident Boliviens, in einer bewegenden Rede, die etwa 500 Anwesenden für andere Mehrheitsverhältnisse in Europa zu kämpfen, um so nicht nur den gewaltigen Herausforderungen auf dem eigenen Kontinent zu begegnen, sondern auch ein starker Partner für die Linke in Lateinamerika zu sein.

Zusammen mit zahlreichen BesucherInnen aus linken Parteien und Bewegungen erarbeiteten die Delegierten dann auch drei Tage lang die Grundlagen für eine „Europapolitik, die Hoffnung gibt“ (Pierre Laurent) angesichts der Zerstörungswirkung des entfesselten Neoliberalismus. Im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit, stand die Entscheidung des Kongress mit Alexis Tsipras (SYRIZA) einen Kandidaten für die Wahl zum Kommissionspräsidenten aufzustellen. Niemand verband damit die Illusion, dass die undemokratischen Grundstrukturen der EU-Politik durch die Aufstellung eines linken Spitzenkandidaten über Nacht demokratischer würden. Die Delegierten waren aber ganz überwiegend davon überzeugt, dass eine solche Kandidatur die Möglichkeit eröffnet, linke EU-Kritik

sichtbar zu machen und mit Alexis Tsipras hat die EL nun einen Kandidaten, der den Widerstand gegen die Austeritätspolitik wie kaum ein anderer verkörpert.

Die sechs thematischen Schwerpunkte („Achsen“) für den Europawahlkampf, die in Madrid ebenfalls beschlossen wurden, geben auch Hinweise auf die Arbeit der EL über die Wahlen hinaus: 1. Widerstand gegen Austeritätspolitik, 2. Sozialökologischer Umbau, 3. Herstellung demokratischer Souveränität, 4. Kampf für soziale Rechte sowie Menschen- und Freiheitsrechte, 5. Für gerechten Welthandel – Gegen das transatlantische Freihandelsabkommen, 6. Für ein Europa des Friedens.

An der Führungsspitze der EL änderte sich in Madrid wenig, Pierre Laurent (KP, Frankreich) wurde als Präsident bestätigt, zusammen mit Diether Dehm als Schatzmeister und den folgenden VizepräsidentInnen: Maite Mola (Vereinigte Linke, Spanien), Marissa Mattias (Linksblock, Portugal), Alexis Tsipras (Syriza, Griechenland). Statt Grigori Petrenco (KP, Moldawien) gehört als einziges neues Gesicht nun Margarita Mileva (Bulgarische Linke) dem EL-Präsidium als Vizepräsidentin an. Alle kündigten an, die bisherige Praxis der engen Kooperation mit europäischen Bewegungen und Gewerkschaften fortzusetzen.

In intensiven Debatten, entstand m Zeitraum von knapp einem Jahr das zentrale „Politische Dokument“ der EL in

dem skizziert wird, vor welchen Aufgaben eine europäische Linke steht und welche Rolle sie in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zukünftig spielen will. Ohne eine fundamentale Neugründung der Strukturen der Europäischen Union wird es keine Zukunft für den Traum eines solidarischen, friedlichen, demokratischen und gerechten Europa geben – so die zentrale Analyse des Papiers. Um eine zukunftsfähige linke Alternative Wirklichkeit werden zu lassen, müssen dem bereits stattfindenden Klassenkampf von oben, vernetzte Kämpfe von unten entgegengestellt werden. Zentrales Moment dieser Kämpfe ist die (Wieder-) Herstellung demokratischer Souveränität in den Mitgliedsstaaten. Sowohl das Papier als auch zahlreiche RednerInnen verwiesen darauf, dass Demokratie ihren Wert verliert, wenn Troika, Finanzmärkte und Banken mehr Macht haben als gewählte Regierungen. Die Erkämpfung der Souveränität und der demokratischen Kontrolle waren auch die Prämisse unter der die Euro-Frage im Politischen Dokument behandelt wird. Die EL legt darin weder ein Bekenntnis für, noch eines gegen den Euro ab, sondern beschreibt die Risiken, die in der Konstruktion des Euros einerseits und mit dem Austritt aus dem Euro andererseits verbunden sind. Egal ob mit oder ohne Euro, die zentrale Aufgabe bleibt die gleiche: die Ökonomie so zu gestalten, dass sie im Dienst der Menschen steht und nicht der Banken.

Dass diesem gemeinsamen politischen Dokument 93 Prozent der Delegierten zustimmen konnten, zeigt – trotz aller politischer Unterschiede zwischen einzelnen Parteien – wie viele Gemeinsamkeiten es innerhalb der politischen Familie der EL gibt.

Dokumentation **DIE LINKE. Niedersachsen, Außerparlamentarische Fraktion:**

▶ Haushalt 2014 kein großer Wurf – SPD und Grünen fehlt jede Fortune

Wenn eine neue Regierung gebildet wird und die sie tragenden Parteien mit großen Worten einen „Politikwechsel“ angekündigt haben, dann erwartet man, dass sich das auch in den Zahlen des ersten Haushalts der neuen Landtagsmehrheit widerspiegelt. Das Ergebnis ist aber mehr als dürftig.

Obwohl dem Land durch die günstige Konjunktorentwicklung Mehreinnahmen in Höhe von knapp einer halben Milliarde Euro zur Verfügung stehen, werden außer der überfälligen Abschaffung der Studiengebühren keine bemerkenswerten Akzente gesetzt. Die Finanzkrise der Krankenhäuser wird nicht angegangen.

Die Investitionsausgaben stagnieren und unterscheiden sich nicht von der Unterfinanzierung der Vorgängerregierung.

Die vom Bund zur Verfügung gestellten Kompensationsmittel im Wohnraumförderfonds werden nur weitergereicht. Aus Landesmitteln wird nichts dazugetan,

(...) Fortsetzung auf Seite 11

► EU-Militarisierungsgipfel: Weichen gestellt!

Auf dem Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs am 19./20.12.2013 wurde erstmals seit fünf Jahren wieder über den Ausbau der europäischen Militärkapazitäten verhandelt. Bereits im Vorfeld wurde hierfür stapelweise Papier produziert: Es gab kaum eine Denkfabrik, die nicht ihre umfassenden Vorschlagskataloge in die Debatte eingespeist hätte. Somit war zu erwarten, dass auf dem Gipfel wichtige Ergebnisse gefasst werden würden. Gemessen an diesen Erwartungen scheint das 22seitige Dokument „Defence Matters“ – „Verteidigung ist wichtig“ auf das sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen verständigt haben, auf den ersten Blick wenig Substantielles zu bieten. Doch bei genauerer Betrachtung trägt der Schein etwas.

Einerseits waren sich zwar alle Mitgliedsstaaten darin einig, einen Ausbau der EU-Militärkapazitäten anzustreben, andererseits scheinen gerade Großbritannien – und nun wohl auch Deutschland – aber nicht bereit zu sein, zu diesem Zweck weitreichende Kompetenzen im bislang durch die Mitgliedsstaaten dominierten Militärbereich an Brüssel abtreten zu wollen. Herausgekommen sind Maßnahmen, von denen man sich eine Stärkung der Militärkapazitäten erhofft, ohne aber dabei den Einfluss der Mitgliedsstaaten zugunsten einer Stärkung von EU-Kommission und Parlament zu schwächen.

Aus diesem Spannungsverhältnis resultieren viele auf den ersten Blick widersprüchliche Meldungen, was auf dem Gipfel verhandelt und beschlossen wurde. So hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zum Gipfeltreffen am 18. Dezember 2013 angedeutet, eine Stärkung der EU-Kompetenzen zu befürworten. Was den Militärbereich anbelangt, scheint

Deutschland jedoch – so ist aus den Verhandlungen des Gipfels zu folgern – keine Stärkung Brüssels anzustreben. Andererseits wurde sich auf dem Gipfel auf einen Ausbau der EU-Rüstungskoope-ration zur gemeinsamen Anschaffung und Nutzung von Militärgerät („Pooling & Sharing“) verständigt. Die Federführung sollen dabei aber – auch was die Entwicklung einer europäischen Drohne anbelangt – die Mitgliedsstaaten oder eine Gruppe „williger“ Mitgliedsländer haben und nicht etwa die EU-Kommission.

Des Weiteren wurde auf dem Gipfeltreffen die Ausarbeitung einer Cyberverteidigungs- und einer Maritimen Sicherheitsstrategie in Auftrag gegeben. Letztere hatte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton in ihrem Vorbereitungspapier für den Ratsgipfel als eine wesentliche Komponente für eine permanente weltweite Militärpräsenz zur See identifiziert.

Dennoch werden auch hier nach Ausarbeitung der neuen Strategien die Mitgliedsstaaten das letzte Wort haben.

Dies gilt auch für einen weiteren, im Vorfeld besonders umstrittenen Aspekt, der auf dem Gipfeltreffen verhandelt wurde. Unmittelbar vor Gipfelbeginn erhob Präsident François Hollande die Forderung, dass der aktuelle französische Militäreinsatz in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) aus dem EU-Haushalt finanziert werden sollte. Ihm war jedoch klar war, dass hierfür gegenwärtig überhaupt keine Rechtsgrundlage existiert. Faktisch müssen EU-Militäreinsätze derzeit – eigentlich – von den teilnehmenden Staaten finanziert werden. Daher forderte Hollande auch gleich, der gesamte Bereich bedürfe einer Generalüberarbeitung.

Auch hier kam es zu einem Kompromiss: Zwar wurde die Finanzierung eines nationalstaatlichen Militäreinsatzes aus dem EU-Haushalt abgelehnt, gleich-

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

zeitig dem französischen Präsidenten aber auch entgegengekommen. So wurde die Bereitschaft angedeutet, aus der französischen Operation zukünftig eine EU-Mission zu machen – was u.a. von Kanzlerin Angela Merkel ins Spiel gebracht wurde – weil ein Eingreifen in Zentralafrika notwendig sei. Hiermit machte sie prinzipiell den Weg dafür frei, die französische Intervention in eine EU-Operation zu überführen. In der Abschlusserklärung des Gipfels wird denn auch die prinzipielle Bereitschaft für einen EU-Einsatz in der ZAR bekundet, indem man beabsichtige, „den Einsatz der einschlägigen Instrumente - auch im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mit ihrer militärischen und zivilen Dimension - zu prüfen“.

Doch auch wenn der ZAR-Kriegseinsatz unter EU-Flagge erfolgen würde, ließe er sich dennoch nicht über den EU-Haushalt abrechnen. Aus diesem Grund wurde nun auf Hollandes Drängen die EU-Außenbeauftragte Ashton angewiesen, die bisherige Finanzierung von EU-Operationen einer grundlegenden Prüfung zu unterziehen. Schon im Vorfeld hatte Hollande gefordert, die EU solle einen gemeinsamen Fonds für Militäreinsätze einrichten und es ist davon auszugehen, dass er sich dafür einsetzen wird, dass Ashtons Vorschläge in exakt diese Richtung gehen werden.

Vor diesem Hintergrund lässt sich zwar einerseits sicherlich sagen, dass auf dem Gipfeltreffen kaum Nägel mit Köpfen gemacht wurden. Allerdings wurden dort viele Maßnahmen, die einen wesentlichen Militarisierungsschub zur Folge haben könnten, auf den Weg gebracht und somit wichtige Weichen gestellt – und zwar in die grundfalsche Richtung.

Wahlversammlung Südniedersachsen:

► Zur Wahl der Bundesparteitagsdelegierten am 10. Januar

Nach einem Eingangsreferat der Europa-abgeordneten Sabine Lösing wurden auf der gut besuchten Versammlung der De-legiertenwahlkreise Göttingen, Northeim und Osterode zur Wahl der VertreterInnen für die Bundesvertreterversammlung zur Europawahl und zur Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag 2014/15 am 10.1.14 im Roten Zentrum die Kernaussagen der Linken zur Europawahl kurz diskutiert. Dabei wurde weitgehend ein-vernemlich die geltende Beschlusslage der Partei bekräftigt, die militärische Aus-

landseinsätze der Bundeswehr ablehnt und den Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO fordert. Zudem wurde die Charakterisierung der Europäische Union als neoliberale, milita-ristische, und weithin undemokratischen Macht im Leitantrag des Vorstands un-terstützt.

Als Delegierte für den Parteitag und die Wahlversammlung wurden mit je-weils großer Mehrheit Christine Hauck, Sprecherin des OV Göttingen und Carlo Bleichert, Kreisvorsitzender Northeim

gewählt. Ersatzdelegierte sind Sabine Lösing, die Northeimer Kreisvorsitzende Marianne König, der Göttinger Kreisspre-cher Joachim Bons und der Göttinger Kreistags-Fraktionsvorsitzende Eckhard Fascher.

Bei der Wahlversammlung wird es für die südniedersächsische LINKE vor allem darum gehen, dass die vom Bun-desausschuss für den aussichtsreichen Platz 5 vorgeschlagene Sabine Lösing auch gewählt wird und ihre gute Arbeit fortsetzen kann.

Broschüre der Landesstiftung von Eckhard Fascher

► Der erschöpfte Planet – Grundzüge eines ökologischen Sozialismus

Als erster Teil der neuen Publikationsrei-he „kritisch+denken+lernen“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V. ist eine Broschüre von Eckhard Fascher zu den Grundzügen eines Ökologischen Sozialismus erschienen. Ausgehend von nuklearer Verseuchung, Klimakatastrophen und erschöpften Ressourcen fragt die Broschüre in kritischer Geschichts-betrachtung, wer von der Art und Weise unserer Produktion und von 250 Jahren Industrialisierung profitierte und heute noch profitiert. Zudem wird versucht Antworten auf die Fragen zu geben, ob eine Ökologisierung der Produktion ein erfolgsversprechender Ausweg aus der selbst verschuldeten Krise sein kann, ob

Ökonomie ohne Wachstum überhaupt funktioniert und ob die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise nicht letztlich gänzlich überwunden werden müssten.

Die Broschüre kann in Druckversion be-stellt werden unter:

kontakt@rls-nds.de

Es wird eine Schutzgebühr von 2,00 Euro erhoben. Bei Postsendungen zzgl. 1,45 Euro Porto.

Sie kann auch heruntergeladen werden unter

<http://www.nds.rosalux.de/news/40070/der-erschoeffte-planet.html>

Veranstaltung der RLS Nds.

Rassismus, Nationalsozialis-tischer Untergrund und das Nicht-Verhalten der Linken,

Podiumsdiskussion

Freitag, 21. Februar 2014, 20 Uhr

im Theaterkeller, Geismarlandstraße 19, Göttingen

Referenten: Vassilis Tsianos, Soziologe und Aktivist_innen der Initiative Rassis-mus Tötet!

Es soll die Frage nach dem Zusammen-hang von Rassismus, Nationalsozialis-tischem Untergrund und dem Nicht-Verhalten der Linken während der Mordserie und infolge der Aufdeckung des NSU, nachgegangen werden..

Mitveranstalter: Bündnis Extrem Dane-ben

(...) Fortsetzung „Haushalt von 2014 kein großer Wurf ...“ von Seite 9

um der in den Ballungszentren steigende Wohnraumverknappung entgegenzu-treten. 40 Millionen Euro für ganz Nie-dersachsen sind völlig unzureichend.

Im Bereich des Schienenpersonen-nahverkehrs ist auch nur Stagnation an-zutreffen, weil sich die Haushaltsansätze nicht von denen der Vorjahre unterschei-den. Was hier geboten wird, hätte eine Regierung Mc Allister auch gekonnt.

Und bei den Schulen provoziert die Landesregierung: Um 80 Millionen im Kultusetat zu sparen, wird die Unterrichts-

verpflichtung der Gymnasiallehrkräfte um eine Unterrichtsstunde zum Schuljahr 2014/15 erhöht. Die vorgesehene Alters-ermäßigung von einer Stunde ab dem 55. Lebensjahr und einer zweiten Stunde ab Vollendung des 60. Lebensjahres für alle Lehrkräfte wird ausgesetzt, ein glatter Wortbruch. Von der Arbeitszeit-verlängerung sind ca. 20.000 Lehrkräfte der Gymnasien, Kooperativen Gesamt-schulen und der Beruflichen Gymnasien betroffen sowie ca. 30.000 Lehrkräfte im Alter ab 55.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Modder räumt im Landtag ein, dass das“ hart“ ist und verspricht: „Wir werden an anderer Stelle zu Entlastungen der Gymnasial-lehrkräfte kommen müssen.“ Sie wird aber nicht konkret. Die Haushaltsdebatte im Landtag zu diesem Etat ist eher lang-weilig. Die CDU kommt immer wieder mit der Paschedag-Affäre und die FDP sieht das Heil des Landes in Privatisie-rungen.

Es fehlt eben die soziale Alternative, das Salz in der Suppe: DIE LINKE.

(...) Fortsetzung von Seite 1

den OB-Wahlkampf. Siegfried Lieske, 59 Jahre, Sonderschulpädagoge, seit 2011 Dezernent für Schule, Jugend und Ordnung, verheiratet, drei Kinder.

Die Nominierung von Siegfried Lieske zum OB-Kandidaten der Göttinger GRÜNEN stand unter dem Leitmotto: „Zukunft findet Stadt!“ Lieske stellte sich u.a. mit seiner Herkunft vor „*Meine politischen Wurzeln liegen in der Friedensbewegung. Ich bin vor allem lokal sehr aktiv gewesen, ohne die großen Linien aus dem Blick zu verlieren. So hatte ich Aufklärung und Meinungsbildung in Bezug auf das*



Atomwaffenlager der USA in meinem damaligen Wohnort Büren betrieben,

Demos organisiert, darüber hinaus u.a. Veranstaltungen zum „Krieg der Sterne“ Ronald Reagens durchgeführt und über die Wahrheit der Pershing II und der Cruise Missiles aufgeklärt.“ Lieske wäre der erste grüne OB einer niedersächsischen Stadt.

Die WählerInnengemeinschaft GÖTTINGER LINKE hat bis zum Redaktionsschluss der Göttinger Blätter keine/n OB - Kandidaten/tin aufgestellt; eine Wahlreisversammlung ist für den 24. Februar angekündigt.

rene

▶ Eineinhalb Jahre des 10-jährigen „Zukunftsvertrages“ sind um.

Eine erste Bilanz.

Am 26. April 2012 verabschiedete der Rat der Stadt mit allen Stimmen der drei großen Ratsfraktionen SPD, CDU/FDP und Bündnis90/Die Grünen das Entschuldung-Hilfe-Programm (EHP) mit dem Land Niedersachsen. Wenige Tage zuvor gaben die Jusos zwar noch eine Presserklärung mit folgendem Wortlaut heraus: *“Wir empfehlen unserer Partei, keinen Zukunftsvertrag abzuschließen. Ohne höhere Zuschüsse von Land und Bund können wir die Finanzen der Stadt langfristig konsolidieren. Der sogenannte Zukunftsvertrag ist und bleibt eine Mogelpackung.“* Genau die Worte, die die Göttinger Linke von Beginn an mit vielen Argumenten und Belegen ins Feld geführt hatte. Half aber alles nichts. Beschlossen, verkündet und mit großem Brimborium am 13.07. im Alten Rathaus mit den Unterschriften von Land und Stadt versehen.

Was ist danach geschehen: Die schon in der gesamten Diskussion mit im Vordergrund stehende geplante Schließung des Weender Freibades wurde bisher wegen massiver BürgerInnenproteste zwar nicht vollzogen, das Problem ist aber auch immer noch nicht gelöst. Eingelöst wurde dafür aber der Anfangs noch weniger publik gemachte Verkauf etlicher städtischer Immobilien. Ohne unsere Interventionen, die Öffentlichmachung der sogenannten 10-ner-Liste wäre das längst geräuschlos über die Bühne gegangen. Gerettet werden konnte mit unserer Liste leider nur das kleine Studentenwohnheim in der Bühlnstraße. Öffentliches Aufsehen erregte dann insbesondere der Verkaufsbeschluss an einen privaten Investor für die Gebäude der ehemaligen Voigt-Schule und der alten Baptistenkirche. Viele Kulturgruppen,

soziale Initiativen und Vereine hatten im Verlauf der Verkaufsdiskussion Bedarf angemeldet, Konzepte vorgelegt und Anmietungs- ja sogar Ankaufsangebote eingereicht. Für eine Million Euro bekam dann aber doch der auswärtige Investor den Zuschlag, der zwar laut eingereichtem Konzept ein kommerzielles Art-Center einrichten möchte, das sich jetzt aber schon erkennbar eher als Arzt-Center Praxen im „Hochpreismietsegment“ abzeichnet. Und so wird das letzte „Tafelsilber“ verscheuert, Gemeinflächenbedarf ignoriert, dringend benötigter Wohnraum privatisiert und eigene Gestaltungsspielräume des Rates werden vernichtet. Küchenpersonal in den Schulen sollte eingespart und durch ehrenamtliche Elterneinsätze kompensiert werden. Das ist zwar dank der Proteste insbesondere der Schulelternvertreter/innen nicht ganz so geglückt, dafür hat man aber den Preis für das Schulesen sofort erhöht und auch eine Steigerungsrate um jährlich drei Prozent festgelegt. Die Fusion der beiden Göttinger Theater ist bisher an dem Ausscheiden der jeweiligen Intendanten und dem Widerstand aus der Kulturszene gescheitert. Der Titel lautet jetzt „Neugestaltung der Theaterlandschaft“, hört sich zwar besser an als Fusion, könnte im Ergebnis aber trotzdem auf das Gleiche hinauslaufen.

Die Planungen für das neue Busnetz der Göttinger Verkehrsbetriebe GÖVB sollen zum Herbst möglichst Kosteneinsparungen im Sinne des EHP erbringen. Ob das gelingt ist sehr fraglich. Im Bereich der freiwilligen Leistungen werden die Kürzungen neben einigen direkt erfolgten wie z.B. bei der Sportförderung, dem KAZ. Pro Familia etc. erst langsam deutlicher, da noch nicht einmal ein Ausgleich

im Sinne der der Preissteigerungsrate stattfindet. Der „Trick“ mit dem Doppelhaushalt 2013/14 hat für zusätzliche Ruhe in der Finanzierungsdiskussion geführt. Ein besonderes Kapitel stellt die Vertragsfestlegung dar, dass jegliche Mehreinnahmen praktisch ausschließlich für die Schuldentilgung verwendet werden dürfen. Das heißt aktuell zweierlei: Selbst bei den momentan sprudelnden Gewerbesteueraufkommen kann der Rat keine zusätzlichen Mittel für erforderliche, eventuell auch neu erkannte Erfordernisse einsetzen. Er ist „ohnmächtig“ gefangen in dem getroffenen Vertrag und eigentlich ohne jegliche Entscheidungsspielräume. Daneben aber wird dann doch versucht zu tricksen, indem Millionenbeträge hin und hergeschoben werden und somit eine Art Schattenhaushaltswirtschaft geschaffen wird, wie die zwei Millionenaufstockung des Eigenkapitals der GWG durch städtische Mittel zeigen.

Erstes Fazit: Der Oberbürgermeister mit seiner Aussage auf dem diesjährigen Neujahrsempfang der Stadt Recht, dass *„der Untergang der Stadt nicht stattgefunden habe, obwohl viele Nörgler am EHP dies vorausgesagt haben.“* Die Stimmen aber gerade aus den Reihen der Kommunalpolitiker, die dem „Jahrhundertvertrag“ zu der großen Ratsmehrheit verholfen haben, werden erkennbar mehr und vernehmbarer. Die nächsten schmerzhaften Auswirkungen werden sich dann bei den Haushaltsdiskussionen für 2015 zeigen. In der Zwischenzeit muss der Rat damit leben, dass bei jedem finanzwirksamen Vorstoß aus seinen Reihen die Verwaltung ihn mit Verweis auf das EHP zu einem Deckungsvorschlag auffordern wird.

G.Nier